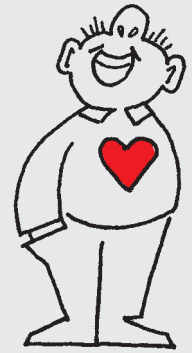


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

11/2011

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



Kennen Sie die legendäre Ricola-Werbung? Drei stattliche nackte Männer genießen nach der Sauna die eidgenössischen Bonbons und rühmen diese als finnische Erfindung. Plötzlich bedrängt sie ein spackes Männchen: »Wer hat's erfunden?« Kleinlaut gestehen die Hünen ein: »Die Schweizer!«

In der Politik gibt es keine Copyrights. Die politische Konkurrenz hat sich fleißig bei der LINKEN bedient. Mindestlohn und Finanztransaktionssteuer gehören heute ebenso ins Repertoire anderer Parteien wie die Forderungen nach einem Abzug aus Afghanistan oder einer höheren Besteuerung der Superreichen. Kaum jemand wäre vor wenigen Jahren darauf gekommen, die Bundesregierung erwäge ernsthaft Eingriffe in private Banken, gar deren Verstaatlichung. Die Reihe der Beispiele ließe sich fortsetzen, und eines wiederholte sich ständig: Als zuerst DIE LINKE die Themen aufbrachte, ließen Widerspruch und Ablehnung nicht auf sich warten. Diese wurden mal lauthals empört, mal süffisant belächelnd, mal herablassend onkelhaft vorgetragen. Die linken Spinner eben mit ihren wirklichkeitsfremden Vorstellungen.

Heute sind bisweilen aus unserer Partei Bedauern und sogar Empörung ob des Ideenklus zu vernehmen. Das sehe ich anders. Wir wollen doch die Gesellschaft verändern, nicht bloß Recht behalten. »LINKS wirkt!« haben wir nach dem Zusammenschluss von PDS und WASG gerufen. Richtig! Unsere Vorschläge fanden breiten Widerhall, aus der Opposition hat DIE LINKE Debatten mitbestimmt und ein Stück weit Politik und Realität verändert. Bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, so bestimmt unser Grundgesetz die Aufgabe der Parteien. Zu »messen« ist deren Erfolg letztlich an der Zahl der Mitglieder und der Stimmen bei Wahlen. Fast zwölf Prozent für uns zur Bundestagswahl 2009 markieren

DIE LINKE hat's erfunden

Von Dietmar Bartsch, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

den bisherigen Höhepunkt der gesellschaftspolitischen Wirkung unserer Partei. Es ist doch genugtuend, wenn viele Menschen – und eben auch viele Parteien – aufgreifen, was wir angestoßen haben. Drei Anmerkungen jedoch sind unerlässlich:

Erstens muss darauf verwiesen werden, dass zwischen Schein und Sein, zwischen Worten und Taten nicht selten Welten lie-

gen, eine milliardenschwere Bankenrettung wuppte sie binnen Stunden. Entgegen allem Wortgeprassel in Sonntagsreden sterben am Hindukusch weiter Zivilisten wie auch deutsche Soldaten und solche aus anderen Ländern.

Zweitens ist zu konstatieren, dass wir trotz der breiten Zustimmung der Bevölkerung für mehrere unserer Forderungen real eher bescheidene oder gar keine Erfolge erzielten. Hier seien lediglich die Stichworte Mindestlohn und Rentengerechtigkeit genannt. Es ist leider wirklich so: Die Menschen lehnen die Rente erst ab 67 ab und wählen zugleich deren Verfechter.

Drittens schließlich gehört zur Wahrheit, dass DIE LINKE mit internem Zwist selbst dafür sorgte, dass ihre politischen Wortmeldungen kaum noch Gehör fanden. Wenn überdies Rechthaberei Kurs und Ziel bestimmt, sind wir auf dem Holzweg. Nicht zuletzt dieses Gemisch bietet einigen Medien den Vorwand, uns zu ignorieren. Hier hat der Parteitag gezeigt, dass es auch anders gehen kann.

► S. 2

Spruch des Monats

»Gute Ideen werden erst verlacht,
dann bekämpft
und schließlich kopiert.«

Arthur Schopenhauer

gen. Die Sozialdemokratie und die Grünen müssen praktisch noch nachweisen, ob sie sich tatsächlich von der unsozialen Agenda-Politik abwenden, die eine von ihnen gestellte Bundesregierung losgetreten hat. Die gegenwärtige schwarz-gelbe Koalition brauchte Monate, sich über Almosen für Hartz-IV-Beziehende zu eini-

Erfurter Parteitag beschloss Parteiprogramm der LINKEN

Vor 120 Jahren wurde das Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf einem Parteitag im Oktober 1891 in Erfurt beschlossen.

Mit diesem historischen Bezug im Hintergrund trafen sich die Delegierten der LINKEN im Oktober 2011 in Erfurt, um ihr erstes Programm zu beschließen. Nach einer über einem Jahr währenden Programmdebatte war es nun so weit, den Delegierten wurde ein Entwurf zur Beschlussfassung vorgelegt.

Mit über 1 400 Anträgen zum vorliegenden Entwurf wird klar, welche Aufgabe vor den Delegierten stand.

Das Programm baut auf drei Grundideen auf:

- Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch soziale gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens.
- Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur.

► S. 2

Schorschels Stadtgeflüster

Nüsch mit rodeln und 'nem Rodelberg, schade, ich wollte doch so gerne mal mit der Stadtverwaltung richtig Schlittenfahren! Trotzdem erst einmal für alle, die sehnsüchtig auf unser Blättchen warten, ein abrissgequältes Hallöchen.

Stellt euch das mal vor, vom Mount Rosenflair in der Berliner Straße in einem Rutsch zur ehemaligen Goetheschule, die zur Ausstellungshalle für den bedeutendsten Universal-Künstler Europas nach Leonardo da Vinci, Alrich Ucksel, umgebaut wurde! Das wär's! Die ganze Welt wäre bei uns zu Gast und die Forster Händler könnten Shopping around the clock anbieten. Leider wird's wieder nur 'ne Grünanlage, die vor sich hinkrautet! Nur gut, dass die SPD-Fraktion Optimismus von den Abrissopfern einfor-

dert, und vermutlich wird dieser Ortsverband bestimmt die Patenschaft über jede einzelne Wiese übernehmen, denn »bauliche Werke sind als Vorschlag von unserer Fraktion nicht zu erwarten« (Märkischer Bote v. 22.10.), so tönte der Lehrling des geschliffenen Wortes, Andreas L., zur Freude der Forster Bürger. Leider gibt es bei uns nun viel, viel mehr Rasenflächen als Mitglieder des besagten Ortsverbandes, das gibt 'ne Menge Arbeit Leute. Und stellt euch vor, was da so in den nächsten Jahren an grünschimmernden verunstalteten Freiflächen noch dazukommt! Liebe Müllerin, denke d'ran: Zuviel zerreißt den Sack – alte Müllersweisheit! Und zweitklassig daherredende Leute, die ham wir gründlich satt! Wie wär's damit, mal wirklich was für die Bürger zu tun? Ich meine für die Lebenden, nicht nur für den toten Brühl! Der Forster Hof wäre doch ein guter Anfang, da könnte man helfen, die Plakate von den Fenstern zu entfernen, damit so ein tolles Restaurant nicht mehr aussieht wie 'ne Litfaßsäule!

Euer Schorschel

DIE LINKE hat's ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Sorgen, uns könnten die Themen ausgehen, gehören ins Reich der Fantasie. An allen bereits genannten Aufgaben müssen wir dranbleiben. Anderes, zum Beispiel die vor anderthalb Jahren auf dem Rostocker Parteitag beschlossene Konzentration auf die Gesundheitspolitik, harrt noch der Umsetzung. Neue Herausforderungen stehen an, etwa die Frage, wie die Finanzmärkte endlich gebändigt werden

können. Just an diesem Wochenende hat DIE LINKE im traditionsreichen Erfurt ein neues Parteiprogramm beschlossen. Wenn die anderen Parteien 90 Prozent dieses Programms übernommen haben, wird DIE LINKE tatsächlich überflüssig sein. Das allerdings wird wohl noch ein paar Jahre dauern. Ich weiß gar nicht, ob ich das hoffen oder fürchten soll. Dass DIE LINKE Rückgrat haben und Profil zeigen muss, ist unbestritten. An sogenannten Alleinstellungsmerkmalen mangelt es gerade angesichts der Finanz-

marktkrise nicht und richtig ist, dass wir an unsere Politik für soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, für Frieden und Gewaltfreiheit, für Emanzipation keine Luft lassen. Zugleich brauchen wir ein offenes Klima, müssen uns als lernfähig erweisen und das auch anderen zugestehen. Wenn wir kooperations- und bündnisfähig sind, können wir Vernünftiges bei Wettbewerbern unterstützen und Eigenes auch umsetzen. Dann können wir – ganz unter uns – schon mal sagen: DIE LINKE hat's erfunden! (24.10.2011)

Erfurter Parteitag ...

(Fortsetzung von Seite 1)

• Die Verwirklichung beider Grundideen ist ein längerer emanzipatorischer Prozess. In diesem Prozess wird die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden und ein demokratischer Sozialismus entsteht.

Alle nachstehenden Forderungen im Programm resultieren aus diesen Grundideen. Dabei spielt die Eigentumsfrage eine herausragende Rolle, denn »wirtschaftliche Macht bedeutet auch politische Macht«!

DIE LINKE strebt eine solidarische Wirtschaftsordnung an, in der alle Eigentumsformen einen Platz haben. Wirtschaftsdemokratie ist eine tragende Säule des demokratischen Sozialismus.

Im Programm gab es viele Punkte, die heftig diskutiert worden sind. Genannt seien an dieser Stelle:

- Der Begriff der Arbeit im Zusammenhang mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen. Hier wurde eine Formulierung gefunden, die eine Weiterführung der Diskussion zulässt.
- Stärkung des öffentlichen Dienstes im Zusammenhang mit einem öffentlich ge-

förderten Beschäftigungsmarkt. Unterschiedliche Erfahrungen in der LINKEN führen zu Fragestellungen, die im Westen und Osten oft zu einer anderen Sicht führen, so zum Beispiel die Frage, ob Kriterien (Haltelinie) zur Entscheidung für eine Regierungsbeteiligung in ein Grundsatzprogramm gehören.

• In der Ablehnung deutscher Beteiligung an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta war man sich einig. Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik.

Viele Forderungen im Programm wurden heiß diskutiert, vieles wird sich erst später umsetzen lassen und manches muss weiter vertieft werden.

Ein Parteiprogramm ist kein Wahlprogramm. Es ist ein langfristiges Ziel. Manche würden es eine Vision oder einen Plan nennen, an dem sich in Zukunft Wahlprogramme ausrichten werden. Trotzdem ist es aber nicht starr und muss deshalb immer wieder hinterfragt werden.

Das neue Parteiprogramm wurde mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen.

In einem Mitgliederentscheid soll noch in diesem Jahr das Programm durch die Genossinnen und Genossen bestätigt werden.

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende

Einige wichtige ausgewählte Forderungen aus dem Parteiprogramm finden Sie auf unserer Internetseite www.dielinke-lausitz.de oder als Flyer in unserer Geschäftsstelle



Wo ist das Geld bloß geblieben, wo, wo, wo ...?



So sang einst schon Helga Hahnemann, und auch in Forst fragen sich viele Menschen, wo denn die vielen Fördermittel geblieben sind? Da werden mal schnell durch die Bahn 11 Millionen

Euro in den Bahnhof und das Schienennetz gesteckt und kurze Zeit später liest man dann, es sind eigentlich nur 6 Millionen, das kann kein Bürger mehr nachvollziehen.

Der Abriss in der Berliner Straße wird mit 60 € je m² umbauter Raum gefördert. Da kommen dann auch einige hunderttausend Euro zusammen. Im Ergebnis gibt es dafür dann eine freigelegte Fläche in der Innenstadt. Anschließend wird dann versucht mit 60.000 € das Fleckchen mit ein paar Bäumen und Wildblumen zu bepflanzen. Dafür braucht es allerdings ein Planungsbüro, das wieder für einen nicht unbedeutenden Betrag diese »großartige« Idee entwickelt hat. Am Markt, so hört man aus dem Rathaus, würde das Land mehr Geld für die Gestaltung ausgeben. Für einen Neubau einer Bibliothek allerdings ist angeblich wieder mal kein Geld da. Für die Nutzung des AOK-Gebäudes allerdings könnte es Geld geben. Dann könnte die Bibliothek dort in die zweite Etage ziehen. Allerdings nur, wenn die Regale ausgetauscht werden, denn die jetzt genutzten sind zu schwer. Das kostet natürlich auch wieder ein paar Euro. Dem Aussehen der Stadt wird damit nicht geholfen. Natürlich kann aus anderen Fördertöpfen noch das eine oder andere Milliönchen herausgeholt werden. Der Rosengarten soll in zwei Jahren wenigstens wieder wie 1913 aussehen. Die Brücke an den Wasserspielen ist dieser

Idee bereits zum Opfer gefallen, aber dafür bekommen wir nun zwei neue oder auch alte Brunnen aus Lottomitteln gesponsert. Unser Rad- und Reitstadion erlebt im Jahr drei bis vier Veranstaltungen. Dafür wurden in den letzten Jahren mehrere Millionen Euro investiert. Aus EU-Fördermitteln werden nun weitere 900.000 € ausgegeben, inklusive des Baus eines weiteren Sportplatzes beim SV Lausitz (früher Süden). Nach dem Zusammenschluss der Vereine stehen zwei komplette Sportanlagen für Training und Wettkampf bereit, und trotzdem wird noch eine weitere benötigt. Auf der Wehrinsel wird der Spielplatz erneuert. Es entsteht eine märchenhafte Anlage. Das Dornröschenschloss hat natürlich auch einen exklusiven Preis. Für 240.000 € dürfen unsere Kinder dann märchenhaft spielen. Das hat natürlich wenig mit den Kindern zu tun, vielmehr ist es der Denkmalschutz, der die Preise in die Höhe treibt, so jedenfalls erklärt es die Verwaltung.

Nun hat wohl niemand etwas gegen einen schicken Kinderspielplatz. Die Frage aber, wie viele Kinder diese Anlage dann außerhalb der Rosengartenfesttage nutzen werden, sollte erlaubt sein. Wir investieren an den Rändern der Stadt und reißen das Zentrum schrittweise ab. All dies geschieht mit Wissen der politischen Ebenen im Land, im Bund und wahrscheinlich auch der EU. Nun kommen wir als LINKE ja manchmal auf die vermessene Idee, Änderungen dieser Konzepte zu verlangen, dann erklärt uns die Verwaltung, dass diese Wünsche unmöglich realisiert werden können. Schließlich hätte der Beamtenapparat in Bund und Land längst beschlossen, wofür es Geld gäbe. Weiterhin mögen wir doch auch aufhören, mit Politikern aus dem Landtag zu reden, denn diese könnten

sowieso nichts ändern. In Brandenburg entscheiden die Referate in den Ministerien, und denen sei es nun wirklich egal, wer gerade die Landesregierung stellt.

Bei so viel Demokratieverständnis könnte man sich glatt in die Dornhecke des Dornröschenschlosses stürzen!

Ingo Paeschke

*Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
in der SVV Forst*

Leserbrief



Stasi und kein Ende?



Ich möchte mit dieser provokanten Überschrift nicht den Unmut der geneigten Leserin oder des geneigten Lesers heraufbeschwören und möchte DDR-Unrecht auch nicht rechtfertigen, aber es läuft mir gegen den Strich, Ungerechtigkeiten so einfach hinzunehmen. Die erst kürzlich beschlossene Verlängerung der Überprüfung von Staatsangestellten und Abgeordneten auf Tätigkeiten für das MfS der DDR durch die Bundesregierung 22 Jahre nach dem Mauerfall und 21 Jahre nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten widerstrebt mir! Dabei geht es mir, und das möchte ich betonen, nicht um Relativierung von geschehenem Unrecht, das vielen DDR-Bürgern zuteil geworden ist und an dem die Stasi großen Anteil hatte, sondern darum, dass ein jeder eine zweite Chance verdient hat, der sich offen zu seiner Vergangenheit bekennt und sich mit ihr ehrlich auseinandersetzt. Wer also seine Vergangenheit offengelegt hat und nun dennoch aus dem Staatsdienst entfernt werden soll, wird diese Willkür als Rache verstehen, ausgeübt von den Leuten, die immer für eine faire Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eintreten wollten. Rache ist der falsche Ratgeber, Ehrlichkeit ist angebrachter und eine differenzierte Betrachtungsweise auf beiden Seiten. Befeuert wird diese Debatte immer wieder von Menschen, die es sich in der DDR gut eingerichtet hatten und sich mit dem System arrangierten, von diesem System profitierten und dann nach der Wende als Gegner des SED-Regimes auftraten. Opportunismus ist auch eine Form von Feigheit.

Anders gesehen hat man in der damaligen BRD keinen so großen Aufwand betrieben, um die Naziverbrecher aus dem Staatsdienst zu entfernen, im Gegenteil, viele von ihnen wurden in hohe Ämter gehievt und genießen noch heute, völlig zu Unrecht, eine hohe Reputation.

Wenn Deutschland zusammenwachsen soll, geht das nur dadurch, dass man über die Beweggründe des anderen nachdenkt, einander verzeiht, einander versteht und ehrlich miteinander umgeht.

Andreas Beckmann

Regionalkonferenz der LINKEN

Am 05.11. 2011 fand in Cottbus eine Regionalkonferenz der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag statt.

Anwesend waren auch die linken Ministerinnen und Minister Frau Anita Tack (Umweltministerin), Dr. Helmuth Markov (Finanzminister) und Ralf Christoffers (Wirtschaftsminister) sowie die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser.

Im Gespräch mit der Parteibasis sowie

Bürgermeistern und Kommunalpolitikern unserer Region wurde ein breites Spektrum an Themen besprochen und Fragen beantwortet, zum Beispiel Fragen zur freiwilligen Fusion von Kreisgebieten, zur Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft, zur finanziellen Ausstattung der Kommunen, zur Energiewende und zukünftigem Energiekonzept und zum Erhalt der Krankenhäuser in der Region.



Am 07.10.2001 marschierten die US-Amerikaner in Folge der Anschläge vom 11.09.2001 in Afghanistan ein. Keiner hatte sie darum gebeten.

Der schnell gefundene Verantwortliche der Terroranschläge sollte gefangen, die Terrorcamps vernichtet, die Taliban, die man jahrelang unterstützt hatte, verjagt und dem afghanischen Volk die westliche Freiheit gebracht werden.

So wurde das vom amerikanischen Präsidenten und selbsternannten Wiedergeborenen G.W. Bush versucht, der Welt zu erklären. Schnell fand er in der NATO und diesmal leider auch in der UNO Verbündete.

Da uns Deutsche der Begriff »Krieg« noch immer weh tut, versuchten wir es über den Umweg »Aufbauhilfe«. Erst K. Th. zu Guttenberg erklärte den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan als Krieg. Das war wohl sein größtes politisches Verdienst.

Realisten warnten immer wieder, dieser Krieg ist nicht zu gewinnen. Politiker wussten es wieder mal besser!

Und das Ergebnis?! Unschuldige Verletzte und viele Tote in der afghanischen Bevölkerung erzeugen Hass gegen die Besatzer und rufen immer wieder neue Anschläge hervor. Was bleibt sind Fragen über Fragen.

Warum wurde ein ganzes Land überfallen, wenn man doch nur einen Mann fangen wollte? Sollten die afghanischen Frauen

10 Jahre Krieg in Afghanistan

wirklich von ihrer Burka befreit werden? Warum musste sich Deutschland an diesem Krieg beteiligen?

Deutschland und auch keines der anderen NATO-Mitglieder wurde von Afghanistan angegriffen.

Woran denkt die Bundeskanzlerin, wenn sie an den Trauerfeierlichkeiten für deutsche Soldatinnen und Soldaten teilnimmt? Der von den USA eingesetzte afghanische Präsident Karsai erklärte die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft nach zehn Jahren als gescheitert. Hochrangige Militärs der Verbündeten sehen keine Möglichkeit, diesen Krieg zu gewinnen. Selbst Frau Merkel sieht die Sache heute angeblich realistischer. Wirklich? Warum holt sie dann die deutschen Militärs nicht sofort nach Hause?

Was denken junge Menschen, die sich freiwillig zur Bundeswehr melden? Wissen sie, dass verantwortungslose Politiker sie jederzeit in einen Krieg schicken können? Wissen sie, dass Krieg auch immer das bewusste Töten von Menschen einschließt und dieser damit im Rechtsstaat eigentlich strafbar sein müsste? Wer wird denn im Einzelfall bestraft, diejenigen, welche die Angehörigen der Bundeswehr dort hinschicken, oder diejenigen, die dort zum

Einsatz kommen? Politiker wurden bisher nicht zur Verantwortung gezogen, aber Soldatinnen und Soldaten erlitten körperliche und seelische Schäden oder wurden tot in ihre Heimat zurückgebracht. – Wann hört das endlich auf?!
Jürgen Fischer

Newsletter

Nicht auszudenken, wenn das Schule machen würde

Die Bürgerinnen und Bürger Griechenlands sollen per Volksabstimmung über ihr Schicksal abstimmen. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

Das ist ein Ding aus dem Tollhaus. Nicht auszudenken, wenn das Schule machen würde. Bürgerinnen und Bürger begreifen sich als Souveräne. Sowas kann jede Demokratie kaputt machen.

Sagen die Märkte und nehmen prompt Übel.
01.11.2011

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22

Di., 15.11.: 18.30 Uhr	Sitzung Stadtfraktion
Mi., 16.11.: 18.30 Uhr	AG »Soziales«
Di., 22.11.: 18.30 Uhr	Ortsvorstandssitzung
Di., 29.11.: 18.30 Uhr	Sitzung Stadtfraktion
Mo., 05.12.: 18.30 Uhr	AG Malxeblatt
Di., 13.12.: 18.30 Uhr	Ortsvorstandssitzung

So nicht!

SPD-Bundestagsabgeordneter Peer Steinbrück schießt gegen die FDP: »Bei manchem Interview von FDP-Chef Rösler denke ich: Das ist eine alte Lorient-Aufnahme. Diese Unbedarftheit und Naivität – Entschuldigung, wir reden hier vom deutschen Wirtschaftsminister und Vizekanzler.« Das hat er wirklich nicht verdient, der Lorient. *Frank B. Klingner*

Geburtstag

13.11.: 89 Jahre Werner Pötzsch
15.11.: 99 Jahre Willi Juhr
05.12.: 66 Jahre Renate Flemmig
07.12.: 88 Jahre Johanna Eitner
07.12.: 69 Jahre Dietrich Richter
09.12.: 85 Jahre Hans Gebauer

Herzlichen Glückwunsch, unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

Am **19.11.2011** führt unser Kreisverband Lausitz, von **10.00 bis 19.00 Uhr**, im **Stadthaus Cottbus** am Altmarkt, seinen **Kreisparteitag** durch.

Auf diesem wird u. a. der neue Kreisvorstand gewählt. Wir möchten als Ortsverband Forst ordentlich mitreden und bitten deshalb um rege Teilnahme.

Um recht vielen Mitgliedern die Teilnahme am Kreisparteitag zu ermöglichen, werden Fahrgemeinschaften gebildet. Teilnehmer melden sich bitte dazu in der Geschäftsstelle.



Aus »Eulenspiegel« Nr. 11/11

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.